



## **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**

### **5. Sitzung (öffentlich)**

25. Oktober 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis Uhr 12:35 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |   |           |
|----------|---|-----------|
| <b>1</b> | <b>Politische Schwerpunkte der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik in der 16. Wahlperiode</b>  | <b>6</b>  |
|          | Vorlage 16/229  |           |
|          | – Aussprache  | 6         |
| <b>2</b> | <b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)</b> | <b>14</b> |
|          | Gesetzentwurf<br>der Landesregierung  |           |
|          | Drucksache 16/300   |           |
|          | Einzelplan 07 - Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport   |           |
|          | Vorlagen 16/82, 16/141, 16/229, 16/280  |           |
|          | – Aussprache  | 14        |

Der Einzelplan 07 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen das Votum von CDU und FDP bei Enthaltung durch die Fraktion Die Piraten angenommen.

- 3 Gesetz zur Regelung des Kostenausgleichs für Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe (Belastungsausgleichsgesetz Jugendhilfe - BAG-JH)** **17**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/128
- Ausschussprotokoll 16/47
- Aussprache **17**
- Vorbehaltlich des Beratungsergebnisses im Haushalts- und Finanzausschuss fasst der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie folgenden Vorratsbeschluss: Dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/128 wird mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und Piraten bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion Zustimmung erteilt.
- 4 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz** **18**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/749
- Stellungnahme 16/133
- Ministerin Schäfer (MFKJKS) berichtet **18**
- Aussprache **19**
- 5 Abschlussbericht der Landesregierung zur Jugendkonferenz(#JUKON12)** **20**
- Vorlage 16/281
- Aussprache **20**

<b>6</b>	<b>Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung</b>	<b>21</b>
	Vorlage 16/282	
	– Aussprache	21
<b>7</b>	<b>Bundesinitiative Netzwerke „Frühe Hilfen/Familienhebammen“. Landesseitige Verteilung der Bundesmittel auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe</b>	<b>24</b>
	Vorlage 16/283	
	– Aussprache	24
<b>8</b>	<b>126,4 Millionen € zusätzliche Mittel vom Bund für den U3-Ausbau: Fördervoraussetzungen, Verteilung und Erlass an die Landesjugendämter</b>	<b>25</b>
	Vorlage 16/284	
	– Aussprache	25
<b>9</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>28</b>
	a) Ausschussreise	28
	b) Termine	28



## 1 Politische Schwerpunkte der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik in der 16. Wahlperiode

Vorlage 16/229

**Vorsitzende Margret Voßeler** teilt mit, für die heutige Sitzung sei die Aussprache über die Einbringung aus der letzten Ausschusssitzung (s. auch Vorlage 16/229) vorgesehen.

**Bernhard Tenhumberg (CDU)** geht auf Äußerungen aus dem Einführungsbericht der Ministerin ein: Nach seiner Sicht formuliere dieser Bericht zahlreiche Allgemeinplätze und sei zu platt geraten. Konkretes werde vermisst. Wie beispielsweise wolle die Ministerin es bewerkstelligen, dass „kein Kind zurückgelassen werde“? - Bildung und Vorbeugung seien nicht die eine mögliche Antwort auf die Entwicklung der Armutsspirale. Er sähe Gegenmaßnahmen im materiellen Bereich, wiewohl die Armutsspirale durch weitere Faktoren beeinflusst werde.

Er stimme zu, dass man früh in Vorbeugung investieren müsse, statt erst abzuwarten, bis es zu Fehlentwicklungen komme. Woher wolle die Ministerin die nötigen Ressourcen nehmen?

Das Bundeskinderschutzgesetz sehe er - wie die Ministerin - als gute Gelegenheit, in Nordrhein-Westfalen aktiv zu sein. - Die Zustimmung seiner Fraktion fänden auch die Aussagen der Ministerin zur Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung. Diese gleiche Sicht der Dinge habe im Ausschuss ohnehin Tradition. - Wie definiere die Ministerin mit Blick auf das Betreuungsgeld die „Wahlfreiheit der Eltern“ - welche Veränderungen schlage die Ministerin vor, um der Vielzahl der bundesweiten Förderprogramme die sie als „Dschungel“ qualifiziert habe, etwas entgegenzusetzen? Sollten etwa bestimmte Programme aufgehoben werden? Welche Einschnitte wolle die Ministerin vornehmen, um eine zielgerichteterere und effektivere Kinder- und Jugendpolitik zu betreiben?

Die Ministerin wolle Bildung schrittweise beitragsfrei gestalten. Dem Regierungsprogramm der Jahre 2010 bis 2012 habe er noch einen anderen Duktus entnommen. Welches Zeitfenster stelle sich die Ministerin nun vor?

Die Ministerin wolle den qualitativen Ausbau in Erziehung und Bildung! - Was stelle sie sich unter „qualitativem Ausbau“ vor? Das betreffe wohl die Gruppengrößen, den Betreuungsschlüssel und die Qualifikation des Personals. Er gehe davon aus, dass die Ministerin ihr Ziel aber nicht erreichen werde.

Ministerin Schäfer habe beim U3-Ausbau von einer „Aufholjagd“ gesprochen. Woran mache sie diese Sichtweise fest? Er könne diesen Gedankengang nicht bestätigen. Die Ministerin werde das Ziel auch 2013 verfehlen. Das legten Verlautbarungen der kommunalen Spitzenverbände nahe. Statt „Träumerei“ fordere er eine realistischere Sicht der Fakten ein.

Was plane die Ministerin über den August 2013 hinaus? Von welcher Bedarfsquote gehe die Ministerin aus? Welche finanziellen Ressourcen würden zur Verfügung gestellt? Entsprechende Zahlen könne er nicht erkennen. Wolle sich die Ministerin beispielsweise den Ausführungen des Deutschen Jugendinstituts anschließen?

In den nächsten Jahren sollten in den Kita- und den U3-Bereich zusätzlich 1,4 Milliarden € investiert werden. Handle es sich dabei um Betriebsmittel oder Investitionsmittel?

Qualität dürfe nicht zu Lasten von Quantität gehen? - Warum erwähne die Ministerin in diesem Zusammenhang nicht die 15.000 Provisorien im Kita-Bereich? Wie wolle sie den Provisorien entgegenwirken?

Was habe er sich unter einem „neuen Gesetz“ anstelle des derzeit noch geltenden KiBiz vorzustellen? An welchen Stellen wolle die Ministerin Veränderungen vornehmen? Konkrete Ausführungen fehlten. Ausfluss des neuen Gesetzes solle ein gerechteres Bildungssystem sein. Was habe er sich darunter vorzustellen?

Bei der Lektüre seien ihm zahlreiche Zitate der Abgeordneten Asch von der Grünen-Fraktion eingefallen. Eigentlich hätte er sich lieber mit den Aussagen der Abgeordneten aus den letzten Monaten und Jahren beschäftigt statt mit denen der Ministerin. Verärgert sei er beispielsweise über den Vorhalt der Abgeordneten ihm gegenüber, er solle sich um die schlechte Versorgungsquote in seinem Kreis kümmern. Dort, so Bernhard Tenhumberg (CDU), sei bereits zum 1. August alles in Ordnung. Die Abgeordnete Asch solle sich also lieber um ihren eigenen Bereich kümmern.

**Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS)** geht auf die Wortmeldung des Abgeordneten Tenhumberg ein und begrüßt die punktuell durchaus positive Resonanz. Rot-Grün habe bei der Bewältigung des fraktionsübergreifend gewollten Vorhabens, kein Kind alleine zu lassen, innerhalb kurzer Regierungszeit schon eine Menge erreicht, um Träger und Kommunen zu unterstützen. Dazu gehöre beispielsweise die finanzielle Unterstützung in Höhe von 440 Millionen €, die sicherlich dazu beigetragen habe, dass im Heimatkreis des Abgeordneten Tenhumberg die gesteckten Ziele erreicht worden seien. Schwarz-Geld habe nämlich keine Vorsorge für den U3-Ausbau im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung getroffen.

„Bildung“ sei die beste Voraussetzung, um aus der Armutsspirale herauszukommen, und müsse deshalb frühzeitig - Stichwort: Kindertageseinrichtungen - beginnen. Andere Aufgabenbereiche entzögen sich ihrer Verantwortung und seien deshalb auch in anderen Ausschüssen zu diskutieren. Rot-Grün sei auf jeden Fall gut aufgestellt.

Über eine Optimierung bereits bestehender Ressourcen werde in Modellkommunen erforscht, wie Leistungen besser koordiniert werden könnten. Derzeit warte man noch auf eine Evaluation der so zahlreichen von Bundesebene aus initiierten familienpolitischen Leistungen. Nach dieser Evaluation trete sie gerne in die Aussprache ein. Zunächst müsse aber die Bundesebene vernünftige Vorarbeit leisten.

Das Bundeskinderschutzgesetz halte sie für sehr geeignet, die landeseigenen Aufgaben im Bereich der frühen Vorbeugung zu unterstützen. Eine gemeinsame Strategie sei zu entwickeln.

Bemängelt habe der Abgeordnete die Leistungen der Landesregierung in qualitativen Bereich. Diese Qualität bemesse sich unter anderem am Personal:Kind-Schlüssel. Die rot-grüne Landesregierung habe bereits einige der Fehlleistungen des KiBiz wiedergutmacht und beispielsweise die Aufnahme von Kinderpflegerinnen in U3-Gruppen eingeräumt. Mit der Reform des KiBiz werde die Landesregierung einen deutlichen Akzent bei der Bildungsgerechtigkeit setzen und nicht mehr mit der Gießkanne verteilen, sondern darauf achten, wo Hilfe vonnöten sei.

Wie unterstütze Rot-Grün die Kommunen über 2013 hinaus? - Schwarz-Gelb habe ihren Nachfolgern in puncto Konnexität eine erhebliche Baustelle hinterlassen. Bis 2018 müssten zusätzlich 1,4 Milliarden € in den Kommunen investiert werden. Ab 1. Januar 2013 würden die Betriebskosten für jeden U3-Platz landesseitig mit dann 55 % unterstützt. Im Belastungsausgleichsgesetz sei überdies die weitere Investition in die Kindertageseinrichtungen angelegt. Laut DJI-Studie werde es in Nordrhein-Westfalen einen Deckungsgrad von 33,8 % geben. Damit müssten 3.000 Plätze mehr in den Blick genommen werden. Auf diese Perspektive müsse man sich einstellen. Da das DJI bei der Berechnung die Unter-Einjährigen ebenfalls berücksichtigt habe, werde sich bezüglich des Rechtsanspruchs der Wert 33,8 % sogar noch einmal relativieren.

Beim Bildungs- und Teilhabepaket wüsste sie sich andere Regelungen. Müsste das Betreuungsgeld landesseitig ausgeteilt werden, bedeutete dies ungefähr 46 neue Stellen alleine für die Verwaltung des Geldes. Noch liefen allerdings die Debatten in Berlin. Sie hoffe, dass es nicht zum Betreuungsgeld komme, bedeute doch nach ihrer Meinung echte Wahlfreiheit für die Eltern, ihr Kind in eine Kita schicken zu können. Die für das Betreuungsgeld vorgesehenen Mittel wolle sie für die nötigen Plätze im U3-Bereich reservieren.

**Marcel Hafke (FDP)** sieht bei zahlreichen Anliegen der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik durchaus weitgehende Übereinstimmung. Ihn störe allerdings, dass den Wortbeiträgen der Regierungskoalition zu entnehmen sei, Kinder- und Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen habe erst im Jahre 2010 begonnen. Er bitte zu berücksichtigen, dass Schwarz-Gelb bei Regierungsübernahme auch nicht alles rosig vorgefunden habe. Vieles von dem, worauf Rot-Grün jetzt aufbauen könne, resultiere aus schwarz-gelber Regierungszeit wie zum Beispiel die Familienzentren, Sprachförderung und der U3-Ausbau.

Das KiBiz sei von Anfang an mit der Maßgabe einer Evaluation ins Leben gerufen worden. Über die Prioritätensetzung und den Weg zum Ziel solle und lasse sich trefflich streiten. Nach seiner Einschätzung habe Rot-Grün in den vergangenen zwei Jahren falsche Prioritäten gesetzt. Da jeder Euro nur einmal verausgabt werden könne, müsse jede Investition überdacht werden. Das gelte zum Beispiel für die Beitragsfreiheit, die sich aufgrund des hohen Schuldenstandes von Nordrhein-Westfalen eben nicht realisieren lasse. In Bezug auf die Personalstruktur - Stichwort: Vertre-

tungslösung im Krankheitsfalle - sei zu wenig oder sogar überhaupt nichts passiert. Gemeinsam mit dem Thema „U3“ müsse auch das Thema „Betriebskindergärten“ in den Vordergrund rücken. Seine Fraktion habe dieses Anliegen als einzige Fraktion nach vorne getragen. Auch über die privat-gewerblichen Träger müsse erneut diskutiert werden. Letzteres sei bei Rot-Grün allerdings ideologisch zu stark in eine Richtung belastet.

Zwar habe Rot-Grün beim U3-Ausbau etwas getan; allerdings fehlten immer noch 30.000 Plätze, die bis zum nächsten Jahr zu schaffen seien. Wie die rot-grüne Landesregierung dieses Ziel erreichen wolle, vermöge er bisher nicht nachvollziehen zu können. Das Schwarze-Peter-Spiel müsse zu Gunsten einer Diskussion um die Sache an sich aufhören.

Das Belastungsausgleichsgesetz habe die Landesregierung lediglich wegen eines einschlägigen Urteils auf den Weg gebracht. Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung über das Gesetz enthalten, weil man es als durchaus relevant ansehe.

Welche Absichten hege die Landesregierung im Zusammenhang mit dem Kinder- und Jugendförderplan? Sei an eine bloße Fortschreibung gedacht? Wie gestalte sich das Wechselspiel zwischen Struktur- und Projektförderung? - In Sachen „Jugendpartizipation“ werde die Landesregierung die FDP stets an ihrer Seite haben. Das, was auf kommunaler Ebene durchaus funktioniere, müsse auch auf Landesebene möglich sein: ein Jugendparlament das auf eine Augenhöhe mit dem Landesparlament diskutiere.

**Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS)** meldet sich zu Wort: Die vom Abgeordneten Hafke genannten privat-gewerblichen Träger würden bei den Investitionen genauso wie alle anderen Träger unterstützt. Allerdings gelte dies nicht für die Betriebskosten. Im Übrigen könne sich jeder Privat-Gewerbliche mit einem anerkannten Träger der öffentlichen Jugendhilfe zusammenschließen. Sie sei optimistisch, dass sich das Thema weiterhin positiv entwickeln werde, weil viele Betriebe erkannt hätten, dass es sich zum Beispiel bei einem Betriebskindergarten durchaus um einen Standortfaktor handle. Zumindest gelte das für die U3-Kinder, während die Eltern im Ü3-Bereich eher auf den Wohnsitz fixiert seien.

Die Entwicklung des Konnexitätsverfahrens hätte eigentlich bereits Bestandteil des KiBiz sein müssen. Dieser Schritt sei allerdings damals außer Acht gelassen worden. Rot-Grün werde das Verfahren ordentlich abarbeiten. In der Schlussphase der Verhandlungen hätten die Beteiligten durchaus die sachliche Atmosphäre gewürdigt. Bedauerlicherweise habe es keine Referenzgröße nach der Weiterbildung im Anschluss an den Krippengipfel gegeben, um den weiteren U3-Ausbau zu planen. Entsprechende Erhebungen aus den Kommunen fehlten. Mit den zusätzlichen Landesmitteln werde ein enormer Schritt nach vorne geleistet werden.



Der Kinder- und Jugendförderplan werde wie gewohnt fortgeschrieben. Das grundsätzliche Verhältnis zwischen Institutionellen Mitteln einerseits und Projektmitteln andererseits bleibe unverändert. Allerdings werde im Bereich der Partizipation um 400.000 € aufgestockt, um noch mehr machen zu können. Weitere Unterstützung unter dem jugendpolitischen Aspekt solle es für die Fan-Projekte der Fußballvereine geben.

Die Kritik der Opposition, stellt **Andrea Asch (GRÜNE)** fest, falle in vielerlei Hinsicht schwach und hilflos aus. Ursächlich sei wohl auch die überzeugende rot-grüne Politik für Kinder, Jugendliche und Familie. Rot-Grün rede nicht nur, sondern zeige konkret, dass Kinder im Mittelpunkt ihrer Politik stünden. Noch unter Schwarz-Gelb seien im sogenannten „Jahr des Kindes“ 180 Millionen € gekürzt worden. Demgegenüber habe Rot-Grün seit 2010 für eine Anhebung von 1,2 Milliarden € auf 1,8 Milliarden € gesorgt. Rot-Grün habe seinen Worten Taten folgen lassen.

Entgegen ihren eigenen Bekundungen lasse die Opposition konkrete Vorschläge vermissen. Bestünde wirklich grundsätzliche Einigkeit, sollte die Opposition die Maßnahmen von Rot-Grün tragen. Schwarz-Gelb erfülle noch nicht einmal die Anforderungen an eine konstruktive Opposition. Sollte Schwarz-Gelb weiterhin keine konstruktive Oppositionspolitik betreiben, werde sich an den Wahlergebnissen von Schwarz-Gelb nichts ändern.

Indem der Abgeordnete Tenhumberg nach der Verwendung der besagten 1,4 Milliarden € frage, offenbare er sogar ein Stückweit Arbeitsverweigerung. Immerhin sei im Sachzusammenhang sogar eine Anhörung veranstaltet worden. Die Opposition solle zunächst die Fakten ordentlich studieren, die Vorlagen sorgfältig lesen und den Sachverständigen zuhören und dann konstruktiv mitreden.

Der Abgeordnete Hafke habe für seine Fraktion beim kommunalen Entlastungsausgleichsgesetz Enthaltung signalisiert. Da der Abgeordnete die Rechtmäßigkeit der Auszahlung an die Kommunen nicht anzweifle, könne sie diese Enthaltung nicht nachvollziehen.

Die FDP-Fraktion reklamiere doch für sich, Anwalt der Kinder und Jugendlichen zu sein. Allerdings habe sie im Rahmen der Haushaltsberatungen 2011 beantragt, den Kinder- und Jugendförderplan um 20 Millionen € zu kürzen. Dass die FDP trotz des bereits konsensual abgestimmten Antrags erneut einen Antrag einbringe, sei nicht zielführend.

**Wolfgang Jörg (SPD)** erinnere daran, noch auf dem Krippengipfel habe niemand den von der Ministerin skizzierten Weg kritisiert. Große Zustimmung habe es von Eltern, Gewerkschaften und sogar CDU-Oberbürgermeistern gegeben. Es sei gelungen, alle Akteure mitzunehmen. Im U3-Ausbau sei eine enorme Dynamik ausgelöst worden. Die Träger und ihr Personal signalisierten Unterstützung für die Absicht von Rot-Grün, mit dem Ersatz des KiBiz durch ein neues Gesetz die Schwierigkeiten in den Einrichtungen zu beheben. Dass im Rahmen der Kurskorrektur nur Schritt für Schritt vorgegangen werden könne, stoße auf viel Zustimmung.

Die Jugendverbände und ihre Akteure begleiteten die Kurskorrektur im Landesjugendplan. Wichtig sei über die 100 Millionen € hinaus die angestrebte Weiterentwicklung. Mit den Akteuren werde nach klugen und guten Lösungen gesucht.

**Daniel Düngel (PIRATEN)** relativiert angesichts der Kritik der Abgeordneten Asch, die Opposition habe wenig Substantielles vorgetragen, die Regierungserklärung habe ebenfalls zahlreiche Allgemeinplätze und wenig Konkretes enthalten, das debattiert werden könne. Die guten Ansätze der Regierungserklärung werde seine Fraktion unterstützen. Kostenfreie Bildung etwa hätten die Piraten ebenfalls auf ihrem Plan stehen.

Im Zusammenhang mit dem Kinder- und Jugendförderplan habe die Ministerin lediglich von einer Fortschreibung und kleinen Veränderungen gesprochen. Er habe eigentlich Hinweise auf größere Spielräume und den Handlungsbedarf der nächsten Jahre erwartet.

Wie würden die zahlreichen Projekte, von denen die Rede sei, analysiert und überwacht? Welche Vorkehrungen würden getroffen, um Luftschlösser zu verhindern? Selbst wenn die Fraktionen individuelle Wege verfolgten, über die es zu diskutieren gelte, solle Schluss sein mit gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün. Gemeinsame Lösungen seien gefragt.

**Dr. Joachim Stamp (FDP)** empfindet die selbstgerechte Darstellung der Abgeordneten Asch als etwas überzogen. Bei der Gelegenheit: Die Grünen-Fraktion habe bei der Landtagswahl eine Stimme verloren, seine Fraktion hingegen gewonnen. - In den vergangenen zwei Jahren habe es wenig Entwicklung in der Sprachförderung gegeben. Was plane die Ministerin - speziell auch für Kinder für Zuwanderern? Wie stehe die Ministerin zur Förderung von Zweisprachigkeit?

**Bernhard Tenhumberg (CDU)** vermag sich der allgemeinen Darstellung des Abgeordneten Jörg durchaus anzuschließen. Als Mitglied der Regierungskoalition müsse der Abgeordnete Jörg allerdings konkret benennen können, was er wirklich wolle. Es sei für ihn, Tenhumberg, normal, dass eine Opposition die Koalition treibe. So habe es auch zu Zeiten der schwarz-gelben Regierung ausgesehen. Auf die Ausführungen der Abgeordneten Asch wolle er schon deshalb nicht mehr eingehen, weil die Abgeordnete kein Verständnis dafür aufbringe, wie parlamentarisches Geschehen laufe. Eine Regierungskoalition könne sich nicht immer hinter Allgemeinplätzen verstecken, sondern müsse gestaltend wirken.

Wenn die Ministerin die Bundesregierung kritisiere, müsse sie selber Ideen haben, wie etwas besser gemacht werden könne. Er erwarte Vorschläge. - Ihm seien aus seinen Kontakten ganz andere Zahlen als die jetzt von der Ministerin apostrophierte Bedarfsquote von 33,8 % bekannt. Sei die Betreuungsquote wirklich richtig ermittelt worden? In diesen Rahmen passe im Übrigen nicht die Vorstellung der Ministerin, das Mittelvolumen für das Betreuungsgeld in den U3-Ausbau investieren zu wollen.

Im Ausschuss habe die Ministerin erklärt, befristete oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Kindertagesbetreuung müssten der Vergangenheit angehören. Wenige Tage zuvor habe die Landesregierung in ihrer Antwort (Drucksache 15/4252) auf seine kleine Anfrage (Drucksache 15/3864) mitgeteilt, der Landesregierung lägen keine Zahlen zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen im Bereich der Kindertagesbetreuung vor. Die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse liege vielmehr in der Verantwortung der Träger und der Einrichtungen selber. - Er fühle sich als Abgeordneter nicht mehr ernst genommen. Die Antwort stelle ihn nicht zufrieden.

**Marcel Hafke (FDP)** moniert - an den Abgeordneten Düngel gerichtet -: Wer wie die Piraten Inhaltslosigkeit kritisiere, solle zunächst eigene Vorschläge einbringen. - Dass sich Rot-Grün mit der Regierungsarbeit einverstanden erklärten, sei nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar sei allerdings, dass teilweise ein hohes Maß an Selbstgefälligkeit zu Tage trete. Er, Hafke, bezweifle, dass das angemessen sei.

Der Krippengipfel sei eine gute Veranstaltung gewesen. Verwunderlich sei nicht, dass die Oberbürgermeister eher der Landesregierung beigespflichtet hätten. Aber wie sehe die Welt vor Ort wirklich aus? - Wie verhalte es sich mit den Bedarfen der Eltern? Zahlreiche Eltern hätten keine Perspektive für einen Betreuungsplatz für ihre Kinder. Die Erzieherinnen seien unzufrieden, die Personalstrukturen nicht ausreichend. Bei Vertretungsfragen gebe es nicht genügend Flexibilität. Aller Voraussicht nach würden die Bedarfsanforderungen per 1. August nächsten Jahres nicht gedeckt. Die klare Haltung der Ministerin zum Rechtsanspruch, an dem einige Kommunen rütteln wollten, unterstütze er.

Seine Fraktion habe den Antrag zur Jugendpartizipation erneut eingebracht, damit der nach der Parlamentsauflösung nicht untergehe. Der Gutachterdienst des Landtags solle - so das Einvernehmen - eingeschaltet werden, um gewisse Fragen zu klären. Das Ergebnis des Gutachterdienstes solle als Vorlage für einen Kompromiss genommen werden.

Sicherlich seien Verbände erfreut über die Ansatzserhöhungen im Landesjugendplan. Anzupassen seien darüber hinaus die Strukturen, statt verstärkt in die Projektförderung zu investieren. Die Strukturen seien nämlich über Jahre hinweg nicht an die Realitäten angepasst worden und bedürften neuer Akzente.

Seine Fraktion werde sich in puncto Konnexitätsausgleich enthalten. Begründet liege diese Enthaltung in den nicht mehr passenden Prognosezahlen und Berechnungsgrundlagen mit Blick auf die nächsten Jahre. Man wolle kein Gesetz auf den Weg bringen, das sich möglicherweise auf nicht einwandfreie Grundlagen berufe. Er hätte sich gewünscht, dass die Berechnungsgrundlage erneut überarbeitet worden wäre. Dem Grunde nach sehe auch seine Fraktion die Konnexitätsrelevanz und befürworte das einschlägige Gesetz und Gerichtsurteil.

**Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS)** geht auf die Wortmeldungen ein: Ihr Haus habe nicht nur weiter in Projekte investiert, sondern darüber hinaus Strukturen mit einem Volumen von 5 Millionen € unterstützt. Ihr sei die Kritik in der Breite, wie sie gerade erwähnt worden sei, aus den Jugendverbänden nicht bekannt. Eine Überprüfung der Projekte finde unter anderem im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs statt. Außerdem arbeite man mit den Landesjugendämtern und ihren Partnern zusammen. Der Ausschuss werde bei der demnächst anstehenden Überarbeitung der Richtlinien beteiligt.

Die Sprachförderung im Rahmen von Delfin 4 sei durchaus kritisiert worden. Änderungen solle es auf der zweiten Stufe des geänderten Kinderbildungsgesetzes geben. Zweisprachigkeit sei von jeher ein Thema gewesen. Die Ausrichtung sei ebenfalls im Rahmen der zweiten Stufe unter die Lupe zu nehmen. Kinder müssten den Umgang mit der deutschen Sprache in der Kita so beherrschen lernen, dass sie mit Deutsch beim Übergang in die Schule gut umgehen könnten. Optimierungsbedarf bestehe.

Das Deutsche Jugendinstitut habe seine Zahlen auf Wunsch der Bundesfamilienministerin ermittelt. Sie, Schäfer, sehe sich nicht in der Lage, die vom Deutschen Jugendinstitut auf wissenschaftlicher Basis gewonnenen Fakten anzuzweifeln. Die Untersuchungsmethodik habe sich seit 2007 nicht verändert. Sie gehe von einer dynamischen Entwicklung der Nachfrage aus, werde sich doch die U3-Betreuung als selbstverständlicher Bestandteil in der Gesellschaft verfestigen. Die Landesregierung werde diesen Prozess weiter begleiten.

Sie habe keinen Überblick über die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse, weil die Zuständigkeit bei den Trägern der Kitas selber läge. Bekannt sei, dass es solche Arbeitsverhältnisse gebe, weil sie nach dem KiBiz als On-Demand-Prinzip vorgesehen seien. Rot-Grün wolle für mehr Planungssicherheit bei den Einrichtungsträgern sorgen, um prekäre Arbeitsverhältnisse, wie sie jetzt zum Teil bei den Kitas bestünden, zu verhindern.